Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Volme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlerbrück, Rönsahl, Kierspe, Kierspe-Bhf., Bollwerk, Volme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Valbert, Oehl, Kupferberg, Rade-ormwald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: Wilh. Bell jr., Halver. Fernsprecher Nr. 42, Amt Halver. Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 269 | Anzeigenpreis: für 1 mm Höhe (34 mm breit) 6 Reichspfennig, für Behörden, Finanzanzeigen u. auswärtige Anzeigen 10 Reichspfennig, Reklame 10 Reichspfennig. — Offertgebühren 10 Reichspfennig und Porto — | Halver Mittwoch, den 14. November | Erscheint wöchentlich 6 mal. Gratisbeilagen: „Zeitgeschehen im Wochenbild", „Des Landmanns Sonntagsblatt", „Herd u. Scholle" — „Für unsere Frauen" und „Am Abend" | 1928

Schwierige Lage im Reichstag

Was wird aus dem Panzerkreuzer?

Fortführung der Aussperrungsdebatte.

io. **Berlin**, 13. November.

Vollzieht sich die Auseinandersetzung über den großen Arbeitskampf im westlichen Industriegebiet bisher im Reichstag auch unter Wahrung ziemlich ruhiger Formen und sind an den ersten beiden Tagen die turbulenten Szenen ausgeblieben, die dieser oder jener erwartet haben mochte, so kann das doch nicht darüber hinwegtäuschen, daß unter der Oberfläche der Volksvertretung scharfe Gegensätze klaffen, von denen man noch nicht weiß, wie sie überwunden werden sollen. Es ist nicht allein der beklagenswerte Streit zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern in der Industrie, der die Gemüter in Spannung erhält. Würde schon die Möglichkeit gefunden, den augenblicklichen fieberhaften Zustand an Ruhr und Rhein wieder in normale Bahnen zu lenken, so droht sofort ein anderer Konflikt, und das ist der Streit um den vielbesprochenen Panzerkreuzer A. Nach den Dispositionen des Reichstages sollte nach Beendigung der Aussperrungsdebatte zunächst die Außenpolitik besprochen werden und zwar unter einer einleitenden großen Rede des wieder in sein Amt zurückgekehrten Außenministers Dr. Stresemann. Nun hat sich aber die Panzerkreuzerangelegenheit plötzlich in den Vordergrund geschoben und wird vermutlich vor der Außenpolitik an die Reihe kommen. Das Reichskabinett trat bereits zusammen, um zu beraten, ob der bekannte sozialdemokratische Antrag auf Einstellung des Kreuzerbaues noch in dieser Woche verhandelt werden soll. Das Zentrum ist dem Vernehmen nach an den Reichstagspräsidenten mit der Anregung herangetreten, den sozialdemokratischen Antrag zunächst nach Beendigung der Arbeitsstreitdebatte zu behandeln.

Natürlich knüpfen sich an dieses Vorgehen in politischen Kreisen zahlreiche Gerüchte. So spricht man davon, daß Reichswehrminister Groener fest entschlossen sei, an dem Bau des Panzerkreuzers festzuhalten und bei einem etwaigen Einstellungsbeschluß des Reichstages die Folgerungen zu ziehen, d. h. von seinem Amt zurückzutreten. Groener soll bereits auch dem Reichspräsidenten diese Absicht kundgegeben und sowohl an Hindenburg wie an die übrigen Kabinettsmitglieder eine Denkschrift mit der Begründung seines Standpunktes gegeben haben.

Ob sich die Dinge in Wirklichkeit so abgespielt haben, wie es erzählt wird, steht dahin. Jedenfalls ist das politische Interesse im Augenblick in stärkster Weise auf das Ringen um den Kreuzer hingelenkt und es wäre nicht unmöglich, daß sich aus diesem heißen Eisen eine Regierungskrise entwickeln könnte, wenn Groener wirklich Rücktrittsabsichten hätte. Im Zusammenhang stehen damit die ganzen Erwägungen über die Schaffung dauerhafter Regierungskoalitionen im Reiche und in Preußen, die ja seit langer Zeit zwischen den Parteien besprochen werden. Ernste Erschütterungen in der inneren Politik könnten wir aber wohl im Augenblick — darüber herrscht keine Meinungsverschiedenheit — kaum gebrauchen. Der Ältestenrat des Reichstages will sich morgen, nachdem ihm die Meinung des Kabinetts bekanntgeworden sein wird, endgültig entschließen. Erhält die Kreuzerfrage den Vorrang, so würde sie voraussichtlich bereits am Freitag der Entscheidung entgegengeführt werden.

*

Sitzungsbericht.

(12. Sitzung.) CB. **Berlin**, 13. November.

Das Haus setzte die Aussprache über die Interpellationen zur Aussperrung in Westdeutschland fort. Abg. **Brandes** (Soz.) erklärte, der Reichstag habe nicht nur das Recht, sondern die Pflicht zum Einschreiten. Der Schiedsspruch habe bei weitem nicht die berechtigten Forderungen der Arbeiter erfüllt. Er sei von den Arbeitern nur angenommen worden, um die unheilvolle Wirkung eines schweren Lohnkampfes auf das Wirtschaftsleben zu vermeiden. Die Arbeitgeber hätten diese Rücksicht nicht genommen. Durch den Spruch des Duisburger Arbeitsgerichts werde die Klärung der Rechtslage verzögert, denn nun würden die Gewerkschaften kaum die Sprungrevision in Anspruch nehmen können, weil erst das Landesarbeitsgericht die Feststellungen des Duisburger Richters berichtigen müsse. Der Kampf der Unternehmer gehe nicht gegen die paar Pfennig Lohnerhöhung, sondern gegen den Eingriff des Staates in die sozialen Verhältnisse. Seine Fraktion beantrage, die notwendigerweise den Ausgesperrten zu zahlende Unterstützung von den Unternehmern wieder einzuziehen. Eine Änderung des Schlichtungswesens würde gegenwärtig eine Förderung des Planes der Unternehmer bedeuten. Die Sozialdemokratie lehne deshalb die Zentrumsanträge ab. Wenn die Unternehmerschaft den Kampf fortführe, würde eine Suspension der Eisenzölle zu erwägen sein. Auch die Verfassungsbestimmung könnte angezogen werden, daß bei Mißbrauch eine Enteignung der Betriebe erfolgen könne.

Der deutschnationale Standpunkt.

Abg. **von Lindeiner-Wildau** (Dtn.) meinte, daß der bisherige Verlauf der Aussprache der großen und lebenswichtigen Bedeutung des Kampfes nicht voll entspräche. Man dürfe die Probleme nicht nur unter dem engen Rahmen des akuten Stadiums betrachten. Der Redner ging dann auf die Wirtschaftslage seit der Stabilisierung der Mark in längeren Ausführungen ein. Er sagte dabei u. a., daß ein unzureichender, mangelhafter Schutz des deutschen Innenmarktes vorliege, während sich zu gleicher Zeit die anderen europäischen Staaten mit hohen Zollmauern umgäben. Der Redner ging im Verlauf seiner Ausführungen auf die Entwicklung der Verhältnisse am Kohlen- und Eisenmarkte ein, stellte ziffernmäßige Vergleiche über die Rentabilität der Betriebe vor und nach dem Kriege an und betonte, daß die Krise in der Kohlen- und Eisenindustrie deshalb besonders verhängnisvoll sei, weil sie Produktionszweige träfe, bei denen die Arbeitnehmer unter den schwersten Bedingungen zu arbeiten hätten, deshalb auch am ehesten für sich das Recht beanspruchen könnten, am besten entlohnt zu werden. Gerade die Eisenindustrie habe unter den Folgen des Versailler Vertrages am allerschwersten zu leiden. Der Redner betonte, daß er das Streben der Arbeitnehmerorganisationen nach besseren Lebens- und Arbeitsbedingungen als eine berechtigte und selbstverständliche Erfüllung ihrer Pflichten ansähe.

Reichsarbeitsminister Wissell

antwortete auf eine Frage des Vorredners, daß ihm und dem Wirtschaftsminister am 5. Oktober die Industriellen Material strieren sollte. Das Material hätte er entgegengenommen und sich bereit erklärt, weiteres Material zu prüfen. Für ihn hätte nach daraus ergeben, den Schiedsspruch für verbindlich zu erklären. Eine Beeinflussung des Arbeitsgerichts hätte ihm dabei vollständig ferngelegen.

Abgeordneter Dr. **Moldenhauer** (D. Vp.) meinte, die Wurzel des gegenwärtigen Konfliktes liege darin, daß das System zu Bruche gegangen sei, an Stelle von Tarifvereinbarungen amtliche Lohnfestsetzungen zu setzen. Denn nichts anderes sei die Verbindlichkeitserklärung von Schiedssprüchen. Wenn der Minister behauptet habe, daß in anderen Industrien höhere Löhne gezahlt werden, so sei das abzulehnen. Man könne nur mit gleichgelagerten Betrieben vergleichen. Durch dauernde Lohnerhöhungen ergäben sich Preissteigerungen, die wieder verminderten Absatz und schlechtere Konkurrenzmöglichkeiten zur Folge hätten.

Abg. **Colosser** (Wirtschaftspartei) meinte, man könne die notwendige Besserstellung der Arbeiterschaft nicht durch schematische Erhöhung des Nominallohnes erreichen. Vielmehr müßten die öffentlichen Lasten erheblich gesenkt, die Kaufkraft des Lohnes erhöht und damit auch der Lebensstandard der Arbeiter gehoben werden.

Abg. **Schneider-Berlin** (Dem.) gab zu, daß die Arbeitsbedingungen der Eisenindustrie durch die Kriegsfolgen erheblich verschlechtert worden seien. Aber dafür sei nicht die Lohnhöhe verantwortlich zu machen, sondern neben der Zinsenlast die Wirtschaftspolitik der letzten Jahre. In jedem Falle sei die Aussperrung ein schwerer Fehler gewesen, sowohl nach der sachlichen wie nach der grundsätzlichen Seite hin. Seine Partei halte auch ihrerseits eine Reform des Schlichtungswesens für notwendig, wünsche aber die Beibehaltung der Verbindlichkeitserklärung.

Abg. **Schwarzer** (Bayer. Vp.) bedauert, daß die Staatsmittel nicht ausreichten, um diese Aussperrung unmöglich zu machen. Er meint, daß trotz der ungünstigen Lage der deutschen Gesamtwirtschaft gerade die Eisenindustrie in der Lage sei, die Lohnerhöhungen zu tragen. Den Aussperrungsbeschluß der Unternehmer bezeichnet der Redner als eine schwere Verletzung der Staatsautorität.

Darauf wurde die Weiterberatung auf Mittwoch vertagt.

Vermittelung im Eisenkonflikt

Krieg oder Frieden?

Die Gewerkschaften zum Arbeitsgerichtsurteil.

Das Urteil des Arbeitsgerichts Duisburg ist in den beteiligten Arbeitnehmerkreisen als Fehlurteil gewertet worden. Die drei Metallarbeiterverbände haben an ihre Mitglieder einen Aufruf gerichtet, in dem es heißt: Das Arbeitsgericht Duisburg hat dem Antrage des Arbeitgeberverbandes, daß der Schiedsspruch vom 28. Oktober rechtsungültig sei, stattgegeben. Die drei Metallarbeiterverbände betrachten dieses Urteil als ein Fehlurteil und werden den Rechtsweg bis zum Reichsarbeitsgericht durchfechten. Das Urteil ändert an



Regierungspräsident Bergemann,
der zwischen den streitenden Parteien vermittelt.

der gegenwärtigen Lage nichts. Die Gewerkschaften werden der Arbeiterschaft zu gegebener Zeit entsprechende Anweisungen geben und erwarten, daß nur diesen Folge gegeben wird.

Die Vermittlungsaktion.

Die Verhandlungen des Düsseldorfer Regierungspräsidenten Bergemann, der die Initiative zur Beilegung des Eisenkonflikts ergriffen hat, haben mit den Arbeitgebern stattgefunden. Die Arbeitgeber haben in dieser Vorbesprechung ihre grundsätzliche Verhandlungsbereitschaft erklärt. Später fanden Besprechungen des Regierungspräsidenten mit den Arbeitnehmern statt, die sich bis in die späten Abendstunden hinein erstreckten.

*

Vor einer Vermittlungsaussprache im Eisenkonflikt.

Düsseldorf. Die Vertreter der Arbeitnehmerorganisationen haben in der Vorverhandlung am Dienstag abend Regierungspräsident Bergemann gegenüber auch ihrerseits die grundsätzliche Verhandlungsbereitschaft erklärt. Regierungspräsident Bergemann wird nunmehr die beiden Parteien zu einer gemeinsamen Besprechung laden.

*

Der Kampf an der Ruhr.

Die Debatte im Reichstag über den Wirtschaftskonflikt in der Eisenindustrie hat bisher zu einer Klärung der juristischen Seite nicht beitragen können, weil eine endgültige gerichtliche Entscheidung bisher nicht vorliegt. Wenn man auch hofft, diese baldmöglichst herbeizuführen, und selbst wenn das Reichsarbeitsgericht sich dann auf einen anderen Standpunkt stellen sollte, als die erste Instanz in Duisburg dies getan hat, so dürfte doch wohl die Meinung immer stärkeren Boden gewinnen, daß man diesen ganzen Konflikt auf dem Wege der rein gerichtlichen Entscheidung höchstens formell und für den Augenblick, aber nicht in seinen Grundströmungen lösen kann. Denn unsicher und umstritten bleibt die Rechtslage, mögen nun die Sprüche der Gerichte ausfallen wie sie wollen.

Der ganze Konflikt ist eben ein wirtschaftspolitischer Kampf zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, ein Kampf also, der nur durch wirtschaftspolitische Mittel zu Ende geführt oder vorher auf dem Wege des Waffenstillstandes beendet werden kann. Versuche, die streitenden Parteien an den Verhandlungstisch zu bringen, sind ja schon im Gange und werden gerade von parlamentarischer Seite befürwortet. Wichtiger also als die Gerichtsentscheidung abzuwarten, dürfte es sein, Maßnahmen zu treffen, die den wirtschaftlichen Schäden des Kampfes baldmöglichst Einhalt gebieten. Dabei ist vor allem nicht zu vergessen, daß mit jedem Tage des Arbeitskampfes die Not auf der Arbeitnehmerseite steigt, die Kommunen, die dieser Not steuern wollen, auch ihrerseits finanziell schwer zu leiden haben. Denn auch dafür, ob die Arbeitslosen nun Unterstützung erhalten sollen oder nicht, muß erst noch eine besondere gerichtliche Entscheidung getroffen werden, wie diese im Arbeitslosenversicherungsgesetz vorgesehen ist; wenn das geschieht, ist auch noch nicht abzusehen. Denn in diesem Spruchverfahren wieder müßte man eigentlich darauf warten, wie die endgültige gerichtliche Entscheidung über den Kampf selbst ausfällt.

Aber man muß noch weiter denken. Die so außerordentlich scharf umstrittene rechtliche Unterlage dieses Kampfes zeigt zum mindesten das eine, daß in dem Schiedsgerichtsverfahren, wie es jetzt besteht, nicht alles in Ordnung zu sein scheint. Auch der Abgeordnete Stegerwald, der grundsätzlich ein Freund des bestehenden Systems mit Zwangseingriff des Staates ist, äußerte in der Reichstagsdebatte, daß „die Reformbedürftigkeit des jetzigen staatlichen Schlichtungswesens von allen Beteiligten anerkannt werde"; auch die Unternehmerschaft habe eine völlige Beseitigung dieses Systems nicht verlangt. Beides ist richtig, aber jetzt, mitten im Kampf, wird man kaum einander näherrücken.

Dabei stehen ja neue Auseinandersetzungen innerhalb der Eisenindustrie in naher Aussicht; diesmal handelt es sich um die Arbeitszeitfrage — und wenn man sich jetzt an den Verhandlungstisch setzt, dann sollte versucht werden, auch gleich in diesem Streit zu einer Einigung zu gelangen. Was übrigens nicht minder schwierig ist als in der Lohnfrage. Zum mindesten muß aber sobald als möglich der ernsthafte Versuch gemacht werden, diesen Konflikt in der Eisenindustrie, der sich so böse und so verhängnisvoll zugespitzt hat, so schnell wie möglich zu beenden und dann ebenso schnell neue Wege zu suchen, auf denen die Austragung der nun anscheinend unvermeidlichen Kämpfe im Wirtschaftsleben auf eine eindeutigere und damit größeres Verantwortungsbewußtsein erheischende Art erfolgt.

Das Wunder der Rentenmark.

Zum Todestag der Inflation.

Der 15. November 1923 bedeutet, als Ausgabetag des neuen wertbeständigen Zahlungsmittels, der Rentenmark, den Abschluß der Inflationswirtschaft und damit einen Wendepunkt in der jüngsten deutschen Wirtschaftsgeschichte.

Wenn wir heute auf die unselige Zeit der Inflationswirtschaft zurückblicken, so ist es uns, als wären wir damals in einem unheimlichen Wahnsinn befangen gewesen. Wie ein schwerer Alp lag es auf uns und die Einführung der Rentenmark bedeutete ein erlösendes Erwachen und ein befreiendes Aufatmen. Es sind erst fünf Jahre her! Und doch erscheint es uns, als ob es ein böses Märchen ist, das niemals wahr gewesen sein kann. Wie war es denn damals? Ein schlimmes Jahr, das Jahr 1923, wohl geeignet, als Kalenderblatt in unserer Geschichte einen schwarzen Rand zu tragen. Ein schwarzes Jahr! Politisch: der brutale Einfall der Franzosen und Belgier in das Ruhrgebiet mit seinen Gewalttätigkeiten, Verhaftungen, Bestrafungen, Ausweisungen ganzer Bevölkerungsgruppen, Beschlagnahmung öffentlicher Kassen und dem verzweifelten, schließlich zum Zusammenbruch verdammten, heldenmütigen Abwehrkampf des passiven Widerstandes. In unserer Wirtschaft: die sich überstürzenden Ereignisse in unseren Geldverhältnissen und unserer Währung. In rasendem Lauf jagten sich und wechselten wöchentlich, täglich und schließlich stündlich die Kurse und die Preise, und mit Ziffern, die sonst nur der Astronom zur Berechnung weltenferner Räume gebrauchte, maßen wir den Wert oder Unwert unseres täglichen Brotes. Die Notenpresse arbeitete in Permanenz und konnte es schließlich doch nicht schaffen. Der Totentanz der Nullen wirbelte den Schmutz und den Kehricht der „Inflationsgewinner" auf, in Not und Elend verkam auf der anderen Seite ein großer Teil der Volksgenossen. Im

In schwerer Seenot

Der Untergang der „Vestris".

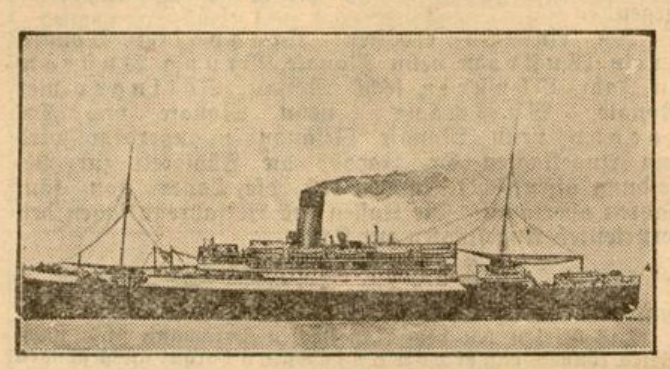
Die schwierigen Rettungsarbeiten.

In der Sonntagnacht wurden die Dampfschiffe auf dem westlichen Atlantik durch die S.=O.=S.=Rufe eines in Seenot befindlichen Schiffes alarmiert. Es handelte sich um den amerikanischen Dampfer „Vestris", der mit 210 Mann Besatzung und 140 Passagieren an Bord von Newyork nach Barbados und den Häfen Südamerikas unterwegs befindlich und in etwa 300 Meilen Entfernung von Hampton Roads in schwere Seenot gekommen war. Das Schiff war in einen Sturm geraten, in dessen Verlauf die schlecht gestaute Ladung ins Rutschen kam. Der Dampfer bekam ein großes Leck und sank schnell. Da er sehr bald starke Schlagseite hatte, mußten die Passagier- und Mannschaften in die Rettungsboote ausgeschifft werden. Alle in der Nähe befindlichen Schiffe, die den Hilferuf vernommen hatten, begaben sich sofort an die Unglücksstelle. Acht Dampfer, darunter der deutsche Dampfer „Berlin", waren so schnell als möglich an der radiotelegraphisch angegebenen Stelle eingetroffen, fanden aber zunächst keine Spur von dem Schiff oder von den Rettungsbooten. Erst nach längerem Suchen gelang es dem einen Hilfsschiff, ein Rettungsboot, das sich durch rote Leuchtraketen bemerkbar gemacht hatte, mit den Insassen an Bord zu nehmen. Im Laufe des Dienstags liefen dann von anderen Schiffen die Meldungen ein, daß es ihnen gelungen sei, weitere Rettungsboote trotz des hohen Seeganges aufzunehmen. Nach den bisher eingegangenen Nachrichten ist es gelungen, von den Rettungsbooten, es sind 16 Kutter und ein größeres Motorboot, alle zu retten, bis auf eines, dessen Schicksal noch unbekannt ist. Wahrscheinlich befinden sich auf ihm noch 35 Personen. Die Nachforschungen nach dem Boot sind weiter im Gange.

Zum Untergang der „Vestris" wird weiter gemeldet:

:=: **Newyork**, 14. Nov. (Funkspruch.) **Von den 350 Personen, die sich auf dem Dampfer befanden, konnten 222 gerettet werden, doch ist bei 117 Personen keine Hoffnung mehr. Die Zahlen schwanken allerdings um 9 Personen. Von 135 Fahrgästen werden 30 vermißt.**

*



Der amerikanische Dampfer „Vestris", der im Atlantischen Ozean gesunken ist.

Der Dampfer „Vestris" hat bereits eine ganze Anzahl von Abenteuern hinter sich. Während des Krieges wurde er einmal vergeblich von dem deutschen Kreuzer „Karlsruhe" in der Nähe der südamerikanischen Küste verfolgt. Im September 1919 brach an Bord des Schiffes ein Feuer aus. Der Besatzung gelang es schließlich nach vier Tagen, die Flammen zu bekämpfen und das Schiff mit 450 Passagieren in den Hafen zu bringen.

Lokales und aus der Nachbarschaft.

Halver, den 14. November 1928.

Sternschnuppen.

Wer in diesen Novembernächten zum Himmelsgewölbe emporblickt, kann, wenn er Glück und etwas Geduld hat, ein hübsches Schauspiel erleben, vorausgesetzt, daß der Himmel klar und nicht von Wolken bedeckt ist. Es erscheint unversehens ein Lichtpunkt, der sich über einen Teil des Himmels in nahezu geradliniger Bahn fortbewegt und dann entweder plötzlich verschwindet oder beim Verschwinden allmählich an Helligkeit abnimmt. Bisweilen bleibt auf der Bahn ein mehrere Sekunden andauernder Lichtstreifen sichtbar. Jeder wohl kennt das und jeder weiß, daß man diese Himmelserscheinung, diese fortschießenden Sterne, die herabzufallen scheinen, Sternschnuppen nennt. Vereinzelte oder sporadische Sternschnuppen kann man in jeder hellen Nacht sehen, aber reichlichere Sternschnuppenfälle finden jedes Jahr nur zu ganz bestimmten Zeiten statt, und zu den reichlichsten gehörten immer die Novemberschwärme oder Leoniden (so genannt, weil sie aus dem Sternbild des Löwen zu kommen scheinen), die so um den 12. November herum beginnen und über den 15. hinaus dauern. Nun muß aber etwas Trauriges gesagt werden: Es gibt Astronomen, die mit großer Bestimmtheit behaupten, daß die Leoniden seit 1899 sich von uns immer weiter entfernen und uns voraussichtlich für immer entschwinden werden. Sie sollen nämlich vor der Wiederkehr 1899 in die Nähe der großen Planeten Saturn und Jupiter gekommen und dadurch stark aus ihrer Bahn gelenkt worden sein. Aber es wird hoffentlich jeder von uns bei einiger Aufmerksamkeit trotzdem noch ein paar Sternschnuppen erhaschen und sich dann etwas recht Schönes wünschen können. Man weiß ja von alters her, daß man, sobald ein Stern über den Himmel jagt, nur einen Wunsch auszusprechen braucht, um ihn über kurz und lang in Erfüllung gehen zu sehen. Wieviel gute Wünsche man an einem solchen richtigen Sternschnuppenabend anbringen kann oder mindestens doch früher anbringen konnte, erkennt man schon daraus, daß, verbürgten Nachrichten zufolge, in der Nacht vom 12. zum 13. November 1833 an einem einzigen Orte nicht weniger als 240 000 fliegende Sterne gesehen worden sind. Wenn es uns Jetzigen doch auch einmal so gut und so „wünschenswert" erginge!

—* **Brügge—Hagen zweigleisig.** Die Einfahrt in den Bahnhof Brügge ist z. Zt. stark behindert. Man ist hier nämlich dabei, die Hagener Strecke zweigleisig auszubauen. Bekanntlich wurde bisher das Einfahrtsgleis gemeinsam von den Lüdenscheider und Hagener Zügen benutzt. Die Strecke Lüdenscheid wird für die Folge ein eigenes Durchfahrtgleis bis in den Bahnhof Brügge haben. Der alte Brügger Bahnhof ist nun wie der Güterschuppen vollständig verschwunden. Es steht nur noch das kleine Gebäude, das früher an der Drehscheibe der Lüdenscheider Strecke stand. Es hat ein neues Gesicht bekommen, und dient wie früher als Aufenthaltsraum für die Bahnbeamten, auch Baustoffe u. a. sind dort untergebracht. Das Befehlsstellwerk, das an das alte Empfangsgebäude grenzte, steht nun ganz frei. Der Arbeitsplatz, der zwischen dem Bahnsteig und dem Empfangsgebäude liegt und teilweise Ueberleitungsgleise enthält, wird bald auch bahnmäßig mit Gleisen ausgebaut werden, nachdem die vorerwähnte zweigleisige Hagener Einführung fertiggestellt ist. Die z. Zt. etwas beengten Verhältnisse auf dem Brügger Bahnhof, der eine immer zunehmende Beanspruchung erfährt, werden dann beseitigt sein. Bemerkenswert ist übrigens, daß die Eisenbahn-Personenwagen immer noch die alten Bezeichnungen tragen: Die 4. Klasse ist da ebenso noch vorhanden wie die 3. Klasse. Man hat's damit nicht eilig.

—* **Hindenburg-Goldstücke.** Die Staatliche Münze Berlin prägt zu Ehren unseres Herrn Reichspräsidenten anläßlich seines 81. Geburtstags erstmalig eine Anzahl Hindenburg-Goldstücke in der Größe der früheren Zwanzigmark- und Zehnmarkstücke aus. Diese erstklassigen hochglanzpolierten Jubiläumsgoldstücke sind zum offiziellen Preise von RM. 25.— bezw. RM. 15.— durch die Ausgabestelle der Hindenburg-Goldstücke, München, Reitmorstraße 26 — Postscheck 16 309 — portofrei zu beziehen und gelangen nach Voreinsendung des Betrages bezw. gegen Nachnahme zum Versand.

—* **Kein Heim ohne Fernsprecher.** Die Deutsche Reichspost rechnet, wie sie schreibt, wegen der am 1. Januar eintretenden Ermäßigung der Fernsprechgebühren mit einem starken Zugang neuer Anschlüsse. Sie macht in ihrem Amtsblatt bekannt, daß Anmeldungen auf Neuanschlüsse zum 1. Januar schon jetzt entgegengenommen werden. Der Fernsprecher ist ein stets bereiter Diener und ein gutes Heilmittel gegen die Einsamkeit. Wer einen Fernsprecher besitzt, kann zu jeder Zeit, wie es ihm beliebt, mit seinen Freunden und Bekannten in Gedankenaustausch treten. Droht Gefahr, ist ein Unfall oder Krankheit eingetreten, so kann er rasch die Polizei, die Feuerwehr, den Arzt am Fernsprecher rufen und sicher sein, daß in wenigen Minuten Hilfe zur Stelle ist. Ueber den eigenen Ort hinaus werden Gesprächsverbindungen mit jedem anderen Ort in Deutschland hergestellt.

—* **Die Reichsbahndirektion Elberfeld im Oktober.** Ueber Betrieb und Verkehr im Direktionsbezirk während des Monats Oktober teilt die Reichsbahndirektion Elberfeld mit: Im Güterverkehr ist die saisonmäßige Herbststeigerung kaum in die Erscheinung getreten. Der Stückgutverkehr war allerdings um etwa 10 Proz. stärker als im Vormonat und hat ungefähr die Höhe des gleichen Monats des Vorjahres erreicht. Der Wagenladungsverkehr war indessen wesentlich schwächer. Die Zahl der arbeitstäglich gestellten Wagen fiel von 10 434 im September auf 9735 im Oktober. Zum Teil war dies auf die starke Vorauflieferung in den letzten Tagen des September mit Rücksicht auf die am 1. Oktober eintretende Tariferhöhung zurückzuführen; hauptsächlich ist der Rückgang des Ladungsverkehrs aber eine Folge der rückläufigen Konjunktur. In den letzten Tagen des Monats erfolgten auch schon in einzelnen Industriezweigen Betriebseinschränkungen mit Rücksicht auf die zum 1. November in Aussicht stehenden Betriebsstillegungen bei den großen Eisenwerken. Der Betrieb konnte glatt und ohne Stockungen bewältigt werden. Der Personenverkehr war im Oktober im allgemeinen schwach. Insbesondere litt der Ausflugsverkehr an den Sonntagen unter dem zeitweise recht ungünstigen Wetter. Der Fahrplanwechsel am 7. Oktober und die Umstellung auf des Zweiklassensystem haben sich im allgemeinen reibungslos vollzogen. Die Aufwanderung in die zweite Wagenklasse, an der in besonderem Maße der Schüler-, Berufs- und Sonntagsausflugsverkehr beteiligt ist, ist unverkennbar. Im einzelnen Verkehrsbeziehungen konnten infolge Fehlens von Polsterwagen die für den Verkehr benötigten Polsterwagen nicht voll gestellt werden. Einige Mißstände sind auch dadurch entstanden, daß durch die erhebliche Aufwanderung des Schülerverkehrs in die Polsterklasse den Stammreisenden die Plätze weggenommen werden und die Schüler und Lehrlinge die gebotene Rücksichtnahme auf die Mitfahrenden häufig vermissen lassen. An der Beseitigung dieser Mißstände wird gearbeitet.



—* **Nur im Raucherabteil darf geraucht werden.** Bei dem reisenden Publikum besteht vielfach noch die Ansicht, daß auch in den Nichtraucherabteilen und Frauenabteilen das Rauchen zulässig sei, wenn alle Mitreisenden im gleichen Abteil dazu ihre Zustimmung geben. Diese Meinung ist jedoch irrig. Nach den geltenden Bestimmungen ist das Rauchen ausschließlich in den Raucherabteilen gestattet. Die Beamten sind angewiesen, auf strenge Durchführung des Rauchverbotes in den anderen Abteilen zu achten und bei Uebertretungen des Verbotes eine Rauchbuße von 2 RM. ohne vorherige Verwarnung zu erheben. Sowohl bei der Holz- wie bei der Polsterklasse wird die Hälfte aller Wagen oder Abteile — ungerechnet die Frauenabteile — den Nichtrauchern vorbehalten; der übrige Teil steht den Rauchern zur Verfügung. In den Nichtraucher-Wagen, die durch Schilder gekennzeichnet sind, ist das Rauchen auch in den Aborten und auf den Plattformen nicht erlaubt. Auch in den Gängen, in denen durch Anschlag auf das Rauchverbot hingewiesen wird, ebenso wie in den Triebwagen ohne Raucherabteil ist das Rauchen nicht gestattet.

—* **Wer kann Kaufmann werden?** Immer stärker macht sich auch im Kaufmannsberuf wieder ein Mangel an Kräften bemerkbar, die nicht den Typ des „Kontoristen" mit allgemeinen Kenntnissen verkörpern. So eröffnen sich für den Jungen, der demnächst die Schule verläßt und einen Beruf ergreifen will, wieder etwas bessere Aussichten, sofern er die notwendigen Voraussetzungen mitbringt. Die Veranlagung, körperliche und geistige Konstitution usw. spielen natürlich eine große Rolle. Der zum Kaufmannsberuf strebende Jugendliche soll vor allem körperlich gesund sein. Die Eigenart des Berufes birgt für den Schwächlichen Gefahren in sich. Der Junge muß geistig beweglich, anpassungsfähig, mit rascher Auffassungsgabe und Sinn für Ordnung, Genauigkeit, Sauberkeit und Pünktlichkeit ausgestattet sein. Im Betriebe ist er oft auf sich allein gestellt, dann spielen Selbständigkeit, Entschlossenheit und Umsicht eine große Rolle. Die Regelung der Ausbildungsverhältnisse im Kaufmannsberuf ist nicht so, daß überall und ohne weiteres eine einwandfreie Ausbildung gewährleistet ist. Deshalb muß bei der Wahl der Lehrstelle große Vorsicht angewendet werden. Es kann allen Eltern nur empfohlen werden, vorher sachkundigen Rat einzuholen.

Halver

—0 **Polizeiliches.** Gefunden: Eine Brille mit Etui. Eigentumsansprüche sind im Amtshause, Zimmer Nr. 9 geltend zu machen.

—& Wegen der Kürze der Tage und der späten Stunde, zu der es morgens erst hell wird, beginnt von morgen, Donnerstag, den 15. November ab der Unterricht in den Schulen statt wie bisher um 8 Uhr erst um 8,30 Uhr. Dieser spätere Anfang des Unterrichts hält während der Dauer der kurzen Tage bis zum 15. Februar an.

—& Bei dem immer näher rückenden Termin der **16. Kreisverbands-Geflügel-Ausstellung**, die am Samstag, den 1. und Sonntag, den 2. Dez. in der hiesigen Turnhalle stattfindet, war die gestern abend am Schmalspurbahnhofe unter dem Vorsitze von Werner Lüsebrink abgehaltene Versammlung des hiesigen Geflügelzuchtvereins sehr gut besucht. Dieselbe war ganz den Vorbereitungen zu dieser Ausstellung gewidmet. Der Termin für den Schluß der Anmeldung der auszustellenden Tiere usw., der ursprünglich auf den 11. November festgesetzt war, ist auf Wunsch des Vorstandes vom Kreisverein um eine Woche hinausgeschoben. Die ausgestellten Tiere müssen Bundesringe tragen, ausgenommen hiervon sind jedoch entgegen der Angabe in den Ausstellungsbedingungen, die Tauben, die ohne Ringe zugelassen werden. Der Vorsitzende konnte mitteilen, daß die Preisrichter für die Ausstellung bereits gewonnen sind. Ferner machte er Mitteilung über die zur Verfügung stehenden Ehrenpreise. Auch wurden Formulare für weitere Anmeldungen verteilt. Ferner wurden die weiteren notwendigen vorbereitenden Arbeiten unter die Mitglieder verteilt. Die Ausstellung ist gegen Feuersgefahr versichert. Weiter wurde die Beschaffung von Futter für die ausgestellten Tiere geregelt. Kurz nach 10 Uhr konnte die Versammlung geschlossen werden.

*

—s **Oberbrügge**, 14. Nov. **Dirigentenwahl.** Der M.=G.=V. „Westfalia" Ahelle wählte zu seinem neuen Chorleiter Herrn Heinz Cramer aus Lüdenscheid. Westfalia stand bisher unter der Leitung des Herrn Karl Krüger aus Schmidthausen b. Kierspe, der den Verein aber infolge Arbeitsüberhäufung aufgeben mußte.

Schalksmühle

—0 **Polizeiliches.** Gefunden: Ein Schlüsselbund mit Schlüsseln. Eigentumsansprüche sind in der Verwaltungsgeschäftsstelle in Schalksmühle geltend zu machen.

—x Am kommenden Donnerstag, den 15. d. M. vollendet die Wwe. Johann Manz, Regine geb. Dietz zu Klagebach ihr 84. Lebensjahr. Herzl. Glückwunsch.

Kierspe

—s **Radfahrer ohne Laterne.** Fast alle Abende stößt man auf Radfahrer, die ohne Laterne fahren, und dadurch das Leben ihrer Mitmenschen in unverantwortlicher Weise gefährden Einige wirksame Polizeistrafen dürften hier zweifellos erzieherisch wirken.

—s **Im Silberkranze.** Das Fest der silbernen Hochzeit konnten gestern die Eheleute Wilhelm Grimm von hier begehen. Unseren Glückwunsch!

—s **Silvester-Feier.** Wie in jedem Jahre, so wird auch aus Anlaß dieser Jahreswende der M.=G.=V. „Sängerbund" seine bekannte Feier begehen.

—s **Skiklub Sauerland.** Die Ortsgruppe Kierspe des Skiklubs Sauerland hielt am Montag abend ihre Monatsversammlung im Lokale Aug. Vollmann ab, die sehr gut besucht war, ein Beweis für das große Interesse, das man dem Klub hier entgegen bringt. Eröffnet und geleitet wurde die Versammlung von Herrn Lehrer Bauckhage. Nach Genehmigung des letzten Protokolls erfolgte die Rechnungslage. Die Prüfung war durch die Herren Paul Vollmann und Walter Haase geschehen, die die Kasse in Ordnung gefunden hatten, sodaß dem Schatzmeister Entlastung erteilt werden konnte. Einer Einnahme von 97,72 stand eine Ausgabe von 57,35 RM. gegenüber, mithin Kassenbestand 39,77 RM. Sodann wurde die Wochenendfahrt nach Winterberg in ihren Einzelheiten besprochen. Inzwischen hatten sich noch einige weitere Mitglieder zur Teilnahme gemeldet. Die Ortsgruppe Lüdenscheid hatte eine Einladung für einen Lichtbilder-Vortrag, betitelt „Schnee- und Schilauf", der am 20. d. M. in der Concordia stattfindet, gesandt. Die nächste Versammlung soll am 10. Dezember stattfinden. Unter Verschiedenes konnten noch 2 neue Mitglieder aufgenommen werden.

—r Die Mütterberatungsstunde im Amt Kierspe findet in Kierspe am 20. November, 14 Uhr im Amtshause statt. Am Bahnhof am 20. November um 15 Uhr. Infolge des Buß- und Bettages ist die Stunde auf Dienstag verlegt.

—r Die **Gemeindevertretung von Kierspe** hat ihre Sitzung auf Dienstag, den 20. d. M. verlegt. Die Sitzung der Amtsvertretung auf Montag, den 19. d. M. verschoben.

Kierspe-Bhf.

—s **Gesangwettstreit.** Der M.=G.=V. „Eintracht" beabsichtigt, im nächsten Jahre einen Wettstreit deutscher Männerchöre zu veranstalten, und hat die Vorarbeiten bereits in die Wege geleitet. Die Bedingungen dürften im Dezember versandt werden. Die Veranstaltung soll um die Pfingstzeit stattfinden.

*

Valbert, 14. Nov. Im benachbarten Hunswinkel ereignete sich im Betriebe der Linzer Basalt-Akt.-Ges. an der neuangelegten Bremsbahn ein bedauerlicher Unglücksfall. Der Arbeiter L. aus Börlinghausen wurde zwischen einem Rollwagen und der Schutzmauer eingeklemmt. Sein Zustand ist besorgniserregend.

Breckerfeld, 13. Nov. Unfall. An der Frankfurter-Straße wird die laut Gemeinderatsbeschluß vorgesehene Erweiterung der Kanalisation vorgenommen. Als man infolge des felsigen Bodens Sprengungen vornehmen mußte, ging am Samstag ein Schuß zu früh los, wodurch ein Arbeiter derart am Kopf verletzt wurde, daß er ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußte.

Hagen, 14. Nov. Der Schuß ins Fenster. Ein seltsamer Vorgang ereignete sich gestern abend gegen 7,15 Uhr in der Eilperstraße 86. Bei einer in der dritten Etage wohnenden Familie drang plötzlich von der Hofseite her ein Schuß durch das Fenster. Die betagte Mutter hält sich sehr viel an diesem Fenster auf. Glücklicherweise stand sie in dem Augenblick, als die Kugel das Fenster durchschlug nicht am gewohnten Platz. Von dem Täter fehlt jede Spur.

Hagen, 13. Nov. **Ein Totschlagsversuch bei Schwelm vor dem Gericht.** Vor dem Hagener Schwurgericht hatte sich gestern ein Arbeiter aus Buer-Erle zu verantworten wegen versuchten Mordes an seiner früheren Geliebten.

Der Angeklagte, ein Grubenschlosser namens W. Hübsch, hatte das Mädchen, das in einer Schwelmer Fabrik arbeitete, aufgesucht und ihm gelegentlich eines Spazierganges in einem Gehölz bei Schwelm-Lindenberg mit einem Rasiermesser einen Schnitt über die linke Wange versetzt. Das Rasiermesser hatte er aus Buer mitgebracht. Der Grund seines Tuns lag darin, daß das Mädchen sich weigerte, das frühere Verhältnis wieder aufzunehmen. Vor dem Schwurgericht stellte der Angeklagte die Sache so dar, als habe er lediglich dem Mädchen einen Denkzettel geben wollen. Auf Grund verschiedener Aeußerungen, die H. vor der Tat getan hat, kam das Gericht zu der Ansicht, daß vorsätzlicher Totschlagsversuch vorliege und erkannte auf eine Gefängnisstrafe von 1 Jahr und 6 Monaten. Wegen der Jugend und bisherigen Straffreiheit des Angeklagten billigte das Gericht ihm weitgehend mildernde Umstände zu.

Ungewöhnliche Bluttaten.

Der Mörder ersticht sich mit der Schere.

Der 32jährige Feodorowicz in Warschau geriet mit seiner Freundin Kasimiera Gizybka — beide der Polizei gut bekannt, er als Betrüger, sie als Ladendiebin — über eine nichtige Sache in Streit. Hierbei geriet Feodorowicz in eine solche Wut, daß er anfing, die Gizybka zu schlagen. Als ihre beiden Freundinnen sie schützen wollten, zwang er die Frauen, unter das Bett zu kriechen. Dann ergriff er ein Hackmesser und zerschmetterte der Gizybka den Schädel. Nach vollzogener Tat ergriff Feodorowicz eine große Schere, befestigte einen der beiden Teile in einer Türspalte und warf sich mit solcher Gewalt dagegen, daß ihm die Spitze der Schneide ins Herz drang. Als die Polizei eintraf, waren beide bereits tot.

Dreifacher Raubmord.

In Lodz wurde der Besitzer einer großen Klavierfabrik nach Geschäftsschluß von zwei unbekannten Leuten besucht, die ihn baten, einige Klaviere besichtigen zu dürfen. Der Besitzer ging mit ihnen in das bereits von den Arbeitern verlassene Magazin, wo er von den beiden plötzlich überfallen und mit schweren Werkzeugen getötet wurde. Die auf seine Hilferufe herbeieilende Gattin wurde ebenfalls ermordet. Am gleichen Tage fand man das Dienstmädchen des Fabrikbesitzers außerhalb der Stadt tot auf. Die Täter wollten die Kasse des Fabrikbesitzers, in der sich angeblich 60 000 Zloty befinden sollten, berauben, wurden aber daran gehindert.

Die Irrsinnige im Käfig.

Von Verwandten eingesperrt.

In einem Dorfhaus in der Nähe von Trient machte eine Karabinierestreife, durch Hilferufe angelockt, eine seltsame Entdeckung. Am Ende eines dunklen Ganges befand sich ein eiserner Käfig, in dem eine vollkommen abgemagerte, verwahrloste Frau ununterbrochen wehklagte. Aus der Gefangenschaft befreit, gab die Unglückliche an, von ihrem Schwager und ihrer Schwester seit Juli eingesperrt zu sein. Man habe ihr durch die Gitterstäbe nur spärlich Nahrung zugeschoben, sie aber im übrigen ihrem Schicksal überlassen. Aus der Vernehmung des sofort verhafteten Schwagers und der Schwester scheint hervorzugehen, daß die unglückliche Frau im Juli Zeichen von Geistesstörung gab und daß ihre Verwandten sie einsperrten, um die Unannehmlichkeiten und vor allem die Kosten einer Einlieferung in das Irrenhaus zu vermeiden.

Das Urteil im Lombardbetrugsprozeß.

Bergmann drei Jahre, Jacoby neun Monate Gefängnis.

Im Lombardbetrugsprozeß Bergmann wurde folgendes Urteil verkündet:

Der Angeklagte Bergmann wird wegen versuchten und vollendeten Betruges im strafschärfenden Rückfalle, begangen durch eine fortgesetzte Handlung, und wegen Konkursvergehens zu einer Gesamtstrafe von drei Jahren Gefängnis unter Anrechnung der Untersuchungshaft, außerdem zu 30 000 Mark Geldstrafe oder 150 Tagen Gefängnis sowie zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von fünf Jahren verurteilt.

Von den übrigen Angeklagten werden die Angeklagten Schmidt und Lederer freigesprochen. Die restlichen Angeklagten erhalten wegen teilweiser Beihilfe zum fortgesetzten Rückfallsbetruge Gefängnisstrafen, die sich zwischen einem Jahr und drei Monaten Gefängnis bewegen.

Im einzelnen erhalten: Kraatz drei Monate, Frau Wustrow neun Monate, Bruno Wustrow ein Jahr, Ohnstein sechs Monate, Salinger vier Monate, Warschauer neun Monate und Dr. Jacoby neun Monate Gefängnis; außerdem wird dem Angeklagten Dr. Jacoby die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter auf die Dauer von fünf Jahren aberkannt. Die Kosten des Verfahrens fallen den verurteilten Angeklagten zur Last.

Die Urteilsbegründung.

In der Urteilsbegründung führte der Vorsitzende u. a. aus:

Das Gericht hat dem Angeklagten Bergmann nicht nachweisen können, daß er von Anfang an darauf ausgegangen ist, das Geschäft auf betrügerischer Grundlage zu führen. Er hat aber bald, schon 1925, eingesehen, daß das Geschäft nicht ging. Da ist er auf den Gedanken gekommen, um die Darlehensgeber zu sichern, Eigenware zu kaufen und darauf Lombardscheine zu geben und außerdem Lombardware mehrfach zu verpfänden. Diese Manipulation hat er bis zum Zusammenbruch seines Geschäfts fortgesetzt. Daß bei Bergmann ein Betrug vorliegt, brauche ich ja nicht weiter auszuführen. Das Gericht hat bei den Angeklagten Kraatz, den Eheleuten Wustrow, Ohnstein, Warschauer, Jacoby lediglich Beihilfe angenommen.

Bei der Begründung des Urteils gegen Dr. Jacoby betonte der Vorsitzende, das Gericht habe keinen Zweifel gehabt, daß Jacoby mit der Möglichkeit eines Betruges durch Bergmann gerechnet habe. Das Gericht habe es für erwiesen erachtet, daß der Angeklagte von den Vorstrafen Bergmanns erfahren habe. Zweifellos habe er mit der Möglichkeit gerechnet, daß im Bergmannschen Geschäft einmal Verluste entstehen könnten. Daher habe er auch einigen Geldgebern geraten, Faustpfandsicherheiten zu verlangen. Obwohl Dr. Jacoby mit der Möglichkeit des Betruges gerechnet habe, habe er dem Unternehmen des Bergmann Vorschub geleistet. Wenn er Bergmann als harmlosen und höchst vertrauenswürdigen Menschen geschildert habe, so liege schon darin die Vorspiegelung falscher Tatsachen. Jacoby habe mit seinen Auskünften den Zweck verfolgt, daß neue Darlehensgeber geworben würden, damit er in den Besitz von Provisionen gelange. Bei Dr. Jacoby hätten infolge seiner Erziehung und seiner Stellung besonders große Hemmungen bestehen müssen. Andererseits habe das Gericht zu seinen Gunsten berücksichtigt, daß er durch Krankheit in der Familie in Not geraten sei und daß er das von Bergmann empfangene Geld nicht leichtsinnig verbracht habe.

*

Den meisten Angeklagten im Bergmannprozeß wurde Strafaussetzung bei Bewährung innerhalb einer mehrjährigen Frist zugebilligt, so dem Ehepaar Wustrow, ferner Ohnstein, Salinger und Warschauer. Mehrere Angeklagte haben eine besondere Buße für diese Vergünstigung entrichtet. Auch Dr. Jacoby wurde eine dreijährige Bewährungsfrist zugebilligt. Außerdem wurden die Haftbefehle gegen die Eheleute Wustrow und Dr. Jacoby aufgehoben.

Zu dem Haftentlassungsantrag für den Angeklagten Bergmann, den der Staatsanwalt abgelehnt hatte, verkündete der Gerichtsvorsitzende folgenden Beschluß:

„Der Haftbefehl gegen den Angeklagten Bergmann wird aufrechterhalten. Das Gericht hat aber beschlossen, ihn mit weiterer Untersuchungshaft zu verschonen, wenn er eine Sicherheit von 60 000 Mark durch Hinterlegung leistet."

Wie verlautet, wird Dr. Jacoby gegen das Urteil Berufung einlegen.

Schlußdienst.

Vermischte Nachrichten vom 13. November.

Weitere Schurman-Sammlungen für den Heidelberger Universitätsneubau.

Berlin. Der amerikanische Botschafter in Berlin, Schurman, hat seinen mehrmonatigen Aufenthalt in den Vereinigten Staaten u. a. dazu benutzt, weitere Spenden für den im Mai d. J. gebildeten Fonds zum Bau eines neuen Universitätsgebäudes in Heidelberg zu sammeln. Der gesammelte Betrag der bisherigen Spenden beläuft sich auf annähernd zwei Millionen Mark. Botschafter Schurman wird voraussichtlich am 27. November wieder in Berlin zurück sein.

Dr. Hauptmanns Ehe mit der Prinzessin Schaumburg-Lippe geschieden.

Berlin. Vor dem Landgericht Berlin I. wurde die Ehe des Dr. Benvenuto Hauptmann mit der früheren Prinzessin Elisabeth von Schaumburg-Lippe für nichtig erklärt.

Nachlassen des Ätnaausbruches.

Catania. Die Tätigkeit des Ätna läßt weiter nach. Der nach Nunziata fließende Lavastrom bewegt sich nicht mehr, der andere Strom rückt mit einer Geschwindigkeit von sieben Metern in der Stunde nach Carrabba vor und bedroht die Straße, über die der Reisendenverkehr der Eisenbahn Catania—Messina geleitet wird.

Börse und Handel

Amtliche Berliner Notierungen vom 13. November.

* **Börsenbericht.** Tendenz: Freundlicher. Die feste Tendenz des vorbörslichen Freiverkehrs übertrug sich auch auf den offiziellen Börsenbeginn. Die Börse eröffnete fast einheitlich befestigt und bei durchweg lebhafterem Geschäft. Die Provinz beteiligte sich in stärkerem Ausmaße am Börsengeschäft. Am Geldmarkt ist die Lage unverändert leicht. Man hörte die gestrigen Sätze, so war Tagesgeld mit 4,5—7, Monatsgeld mit 7,75—8,75 Prozent zu haben. Auch der Satz für bankgirierte Warenwechsel war mit 6⅞ Prozent unverändert. Im Verlaufe hielt die Festigkeit der Spezialwerte an, während die übrigen Werte ruhiger lagen und teilweise auch abbröckelten.

* **Devisenbörse.** Dollar 4,19—4,20; engl. Pfund 20,33 bis 20,37; holl. Gulden 168,39—168,73; Danz. 81,30—81,46; franz. Frank 16,38—16,42; schweiz. 80,73—80,89; Belg. 58,28—58,40; Italien 21,97—22,01; schwed. Krone 112,13—112,35; dän. 111,80 bis 112,02; norweg. 111,77—111,99; tschech. 12,43—12,45; österr. Schilling 58,94—59,06; poln. Zloty (nichtamtlich) 46,97—47,17; Argentinien 1,76—1,77; Spanien 67,59—67,73.

* **Produktenbörse.** Die nordamerikanischen Plätze gaben infolge Börsenruhe für hier keine Anregung. Argentinien zeigte sich verkaufslustiger. Inlandszufuhren sind unverändert. Einige Kauflust besteht. Gebote lauten jedoch niedriger. Lieferungspreise ebenfalls zunächst ermäßigt, dann gut gehalten. Roggenangebot nicht verstärkt.

* **Heu- und Strohnotierungen.** Preise: Roggenstroh (drahtgepreßt) 1,15—1,30, Weizenstroh (drahtgepreßt) 1,00 bis 1,20, Haferstroh (drahtgepreßt) 1,30—1,45, Gerstenstroh 1,20 bis 1,35, Roggenlangstroh 1,25—1,50, Roggenstroh (bindfadengepreßt) 1,15—1,25, Weizenstroh (bindfadengepreßt) 1,00—1,15, Häcksel 1,90—2,05, Heu, handelsüblich 3,00—3,50, Heu, gutes, 1. Schnitt 4,30—4,80, 2. Schnitt 3,70—4,00, Timothy 5,00—5,60, Kleeheu, lose 4,90—5,50, Mielzheu, lose (Warthe) 3,00—3,50, dto. (Havel) 2,50—3,00, drahtgepreßtes Heu 40 Pfennig über Notiz.

Bericht der Viehverkaufshalle A.-G. Lehrte.

vom Verkaufstage 13. November 1928.

Auftrieb: 2682 Stück Ferkel und Läuferschweine.
Es kosteten im Großhandel:

Ferkel (Durchschnittsqualität)

6— 8 Wochen alt	Mark 15.— bis 22.—
8—12 Wochen alt	Mark 23.— bis 34.—

Läuferschweine:

3—4 Monate alt	Mark 35.— bis 46.—
4—6 Monate alt	Mark 47.— bis 70.—

Marktverlauf: Kleine Ferkel etwas reger, im übrigen sehr langsam.

Schriftleitung: Wilh. Bell jr., Halver i. Westf.

Ihre Vermählung geben bekannt:

Wilh. Winkhaus und Frau

Edith geb. Noelle.

Lüdenscheid, den 15. Nov. 1928.

Färberei **Ifinl**

reinigt - färbt wäscht

alles sauber u. schnell

Plissébrennerei Kunststopferei Stärkewäsche

Annahmestellen:
Halver, Otto Simon,
Oberbrügge, Frau E. Bordt,
Schalksmühle, Carl Rothstein jr.

Pianos

wenig gebraucht, gut erhalten, darunter einige Markeninstrumente, wie: Ibach, Feurich usw., äuß. preiswert geg. bequeme Monatsraten abzugeben. Freie Lieferung. Garantie.

Pianohaus Schäfer
Hagen, Neumarkt

Frisch eingetroffen:
Ia Zuckerschnitzel
Patent Steffen, sowie
Erdnußmehl,
Sojaschrot,
Leinmehl,
Baumwollsaatmehl,
grobe Weizenkleie.
Bürger & Lausberg,
Halver Tel. 326.

Empfehle mich in
Lieferung
und
Anpflanzung
sämtlicher
Nadel- u. Laubholzpflanzen
zu billigsten Preisen.
Ernst Küch jr.
Forstkulturgeschäft,
Elbringhausen b. Kierspe.
Tel.Nr. 67 Amt Meinerzhagen.

Erhalte Freitag früh hochtragende
Kühe
Wilh. Schoppmann,
Linge.

Buch- u. Kunstdruckerei
WILH. BELL JR., HALVER
empfiehlt sich zur
Herstellung und Lieferung
ein- und mehrfarbiger
DRUCKSACHEN
für die Industrie, Handel u. Verkehr, Private u. Vereine
— SPEZIALITÄT: —
illustrierte Kataloge und Preislisten

Spezial-Haus für Betten
Wäsche und Aussteuer
Steppdecken, Matratzen
Reform-Unterbetten
Metallbettstellen
Kinderbetten, Bettfedern
Halbdaunen und Daunen
Dampf-Bettfedern
Reinigungs-Anlage
Aug. Vollmerhaus, Kierspe-Bhf.

Nach mehrjähriger Spezial-Ausbildung, zuletzt an der Akademie-Augenklinik in Düsseldorf (Dir.: Prof. Dr. Krauss) habe ich mich als
Facharzt für Augenkrankheiten
in **Lüdenscheid, Peterstraße 14** niedergelassen.
Dr. med. Gustav Krause
Sprechstunden von 9—12 und 3—5 Uhr außer Samstag nachmittags und Sonntags.

Stellen-Anzeigen
für den
‚Personal-Anzeiger des Daheim'
werden durch unsere Geschäftsstelle ohne Spesenzuschlag vermittelt.
Das Publikum hat nur nötig, die kleinen Anzeigen bei uns abzugeben und die Gebühren zu entrichten. Die Anzeigenpreise des „Daheim" sind im Vergleich zur hohen, über ganz Deutschland gehenden Auflage und der zuverlässigen Inseratwirkung niedrig; sie betragen gegenwärtig nur 90 Pf. für die Zeile (=7 Silben) bei Stellenangeboten und nur 70 Pf. bei Stellengesuchen — Wir empfehlen, die Anzeigen frühzeitig aufzugeben.
Die Geschäftsstelle des
Allg. Anzeiger, Halver.

Freiw. Feuerwehr Halver.

General-Versammlung
am Samstag, 17. Nov. abends 8½ Uhr im **Vereinslokal.**
Tagesordnung:
1. Bericht über den Provinzial- u. Kreisverbandstag.
2. Unfall-Hilfskasse.
3. Apell in sämtlichen Ausrüstungsgegenständen. (Es wird besonders darauf hingewiesen, daß die Steigerabteilung sämtliche Ausrüstungsstücke mitzubringen hat, ferner das Trommler- u. Pfeiferkorps sämtliche Instrumente.)
4. Neuanschaffung.
5. Verschiedenes.

Das Kommando.

Futtermittel!
Empfehle und halte auf Lager vorrätig:
Rapskuchen,
Rapskuchenmehl,
Palmkuchen,
Palmkernschrot,
Erdnußmehl,
Sojaschrot,
Leinmehl,
Grobe **Weizenkleie,**
Weizenvollmehl,
Zuckerschnitzeln,
Donaugerste,
Gerstenmehl,
Perlmais,
Maismehl,
Futterweizen,
Geflügelfutter aller Art,
Pferdefutter aller Art,
Fischmehl,
Kochsalz,
Viehsalz.
C. Zimmermann,
Ohl-Rönsahl.
Telefon Nr. 11, Rönsah

Kirchenwahlen.

Am 17., 18. oder 19. November finden in vielen evangelischen Gemeinden Preußens Kirchenwahlen statt. Wer wird gewählt? Ach — bloß die Gemeindekirchenräte und die kirchlichen Gemeindevertretungen. Das scheint vielen nicht weiter von Bedeutung zu sein. Aber man braucht es sich nur einmal ein bißchen zu überlegen und man sieht leicht ein, daß hier in aller Stille etwas äußerst Wichtiges geschieht. Die Kirchenräte und -vertretungen haben das Leben in den Gemeinden zu ordnen und auszubauen. Schon da ist es keine Kleinigkeit, wer mitarbeitet, denn es geht auch um die Anstellung der Pfarrer, um die Wohlfahrtseinrichtungen, um die Verwaltung und Verwendung der kirchlichen Mittel und Steuern. Dazu kommt, daß aus den genannten Körperschaften die Wahlen zu den Provinzialsynoden und zur Generalsynode erfolgen, durch die ja doch die Kirche im großen vertreten und bestimmt wird. So haben diese Wahlen also eine weit größere Bedeutung, als gemeinhin angenommen wird. Denn das ist ja allmählich wirklich klar geworden, daß die Mitarbeit der Kirche im öffentlichen Leben immer notwendiger wird. Kreise, die noch vor etwa zwanzig Jahren gar nicht daran gedacht hätten, rufen jetzt nach ihr. Es zeigt sich darin die große Wandlung, die sich im ganzen geistigen Leben der abendländischen Welt jetzt vollzieht, selbst auf dem Gebiet der Wissenschaft und hier sogar am stärksten auf dem Spezialgebiet der Naturwissenschaft: die Wendung zur Innerlichkeit, das Suchen nach dem, was hinter dem Sichtbaren ist, das Erwachen des Verständnisses dafür, daß die eigentlich lebenbestimmenden Kräfte die der Religion und der Ethik (Sittlichkeit) sind und bleiben. Eben die Güter, die die Kirche gehütet hat, zu deren Pflege in Wort und Werk sie da ist. Je mehr aber so in immer weiteren Kreisen diese Erkenntnis wächst und je dringender der Ruf nach verstärkter Betätigung der Kirche ertönt, desto schärfer entbrennt damit der Kampf. Denn vielen ist die Kirche im Wege. Man braucht nur daran zu denken, wie man versucht, die große kirchliche Liebesarbeit abzuschnüren, und an die Kämpfe um die Schule. Und wenn man dann weiter bedenkt, wie durch die Riesenverluste der Inflation gerade die Kirche betroffen ist und nun also bei geringeren Mitteln die größere Leistung vollbracht werden muß, dann leuchtet es ohne weiteres ein, wie wichtig es ist, daß die richtigen Leute in der Leitung der Kirchengemeinden und der Gesamtkirche stehen. Darüber aber entscheiden die Wahlen. Sie bestimmen wieder auf volle vier Jahre den Geist und die Arbeit der Kirche, d. h. also ihren Einfluß auf das Volksleben bis in seine wichtigsten Gebiete, Ordnung, Recht, Wohlfahrt und Schule hinein. Da ist es unbedingt Pflicht der einzelnen, sich um diese Wahlen zu kümmern und sich an ihnen zu beteiligen.

Da die Wahl durch Wahlvorschläge (Listen) erfolgt, so wird es in manchen Gemeinden zu scharfen Kämpfen gekommen sein, wo es nicht gelang, eine Einheitsliste von kirchlichen eifrigen Männern und Frauen aller Richtungen und Stände aufzustellen. Gegen solche Wahlkämpfe ist gar nichts zu sagen. Kampf ist notwendig auch in geistigen Dingen. Aber das ist schlimm, wenn auch die kirchlichen Kämpfe sooft in demselben gehässigen und schmutzigen Geist geführt werden, wie es vielfach leider bei den politischen Wahlen geschieht. Es kann einem die Schamröte ins Gesicht steigen, wenn man immer wieder sieht und liest, wie auch in kirchliche Wahlkämpfe Gehässigkeit, Verdächtigung, Hohn, Lüge und Hinterlist von unverantwortlichen Leuten hineingetragen wird. Als oberster Grundsatz über jeder Kirchenwahl muß immer wieder das Wort unseres Herrn stehen: „Wißt ihr nicht, welches Geistes Kinder ihr seid?“ Das ist auch eine Wahlpflicht jedes rechten Evangelischen, an seiner Stelle gegen solche Schändung mit aller Kraft tapfer anzukämpfen. Die Gefahr solcher Entartungen ist ja jetzt doppelt groß, weil die Gefahr besteht, die politische Parteizerrissenheit auch in diese Wahlen und damit in die Kirche hineinzutragen. Die Kirche hat in ihren Botschaften wiederholt kundgegeben, daß sie keiner Partei gehört, sondern dem ganzen Volke; daß sie über den Parteien stehen muß und stehen will. Gerade in der Kirche kann und in ihr muß der Boden sein und bleiben, auf dem sich Anhänger aus allen Lagern zu gemeinsamer Arbeit im Dienst des Herrn zusammenfinden, sich achten und verstehen lernen können.

Eine ganz besondere Aufgabe wäre es, jüngere Glieder hineinzubringen, die mit ihrem frischeren Geist und neuen Ideen die reife Erfahrung der erprobten Älteren ergänzen, und Arbeiter mit in die kirchlichen Körperschaften zu holen, damit endlich der Eindruck überwunden wird, als sei die Kirche nur für die Besitzenden da, und damit sie ihre doch nun einmal ganz eigene Erfahrungswelt mit geltend machen können. Wo man es tut, wird der Segen nicht ausbleiben, mag auch das Einarbeiten erst nicht ohne Reibung geschehen. Und nun ans Werk: wer 24 Jahre alt ist und drei Monate am Ort wohnt, hat das Recht zur Wahl. Jeder mache Gebrauch davon!

— w.

Was der Tag bringt.

Bayern und die Reichsreform.

Der zweite Teil der bayerischen Denkschrift zur Reichsreform mit den Vorschlägen für die Änderung der Reichsverfassung ist nunmehr der Öffentlichkeit übergeben. Auch diese Denkschrift geht davon aus, daß der Hauptgrund für die Mißstände im Verhältnis zwischen Reich und Ländern die Tatsache sei, daß im Weimarer Verfassungswerk eine den Bedürfnissen des Reiches und den Lebensnotwendigkeiten der Länder Rechnung tragende Ausgleichung der Zuständigkeiten und Aufgaben nicht geglückt sei, und daß die Staatspraxis des Reiches diesen Mangel noch verstärkt habe. Der Heilungsprozeß müsse in einer Reform der Reichsverfassung auf sechs Gebieten gesehen werden. Sie beträfen: 1. Die Verteilung der Gesetzgebungszuständigkeiten zwischen dem Reich und den Ländern mit dem Ziel der Einschränkung der Reichszuständigkeit zugunsten der Landeszuständigkeit. 2. Die Verteilung der Verwaltungszuständigkeit und die Sicherstellung des Rechtes der Länder auf Ausführung der Reichsgesetze. 3. Die Hebung der Stellung des Reichsrates durch verstärkte Mitwirkung an der Gesetzgebung und Verwaltung des Reiches. 4. Die verfassungsmäßige Sicherung der Länder in ihrem staatlichen Bestand, ihrem Gebiet und ihren erweiterten Rechten. 5. Die Erhaltung und Festigung ihrer kulturellen und wirtschaftlichen Selbständigkeit. 6. Die Sicherung der finanziellen Lebensfähigkeit der Länder. Im einzelnen wird in bezug auf das Finanzwesen die grundsätzliche Scheidung der Steuerquellen und Überlassung der direkten Steuern, besonders der Einkommen- und Körperschaftssteuer, an die Länder und Gemeinden verlangt. Im Artikel 48 über den Ausnahmezustand soll die Polizeihoheit der einzelnen Staaten und ihr staatliches Notstandsrecht gewahrt werden. Bei Artikel 49 über die Begnadigungen soll außer Zweifel gestellt werden, daß Reichsamnestien sich nur so weit erstrecken können, als das Begnadigungsrecht des Reiches geht. Der Reichsrat soll wie früher gleichberechtigt dem Reichstag zur Seite gestellt werden und sein Mitwirkungsrecht beim Verordnungswesen und bestimmte Rechte hinsichtlich der Ausführung der Reichsgesetze erhalten.

Die Zehnjahresfeier der Republik Polen.

Als Delegierter der französischen Regierung zur polnischen Zehnjahresfeier ist General Maurin in Warschau eingetroffen. Er wurde von Marschall Pilsudski empfangen und überreichte dem Marschall eine Statuette aus Sèvres-Porzellan und einen Ehrensäbel. Die Audienz des Generals Maurin währte eine Stunde. Die italienische Regierung hat den Gesandten Majoni in Warschau beauftragt, einigen polnischen Regimentern, die an der großen Militärparade auf dem Mokotow-Felde teilnahmen, silberne Trompeten mit Fähnlein in den polnischen und italienischen Farben zu überreichen.

Waffenstillstand und Weltfrieden.

Antworten auf eine Umfrage.

Die dänische Zeitung „Berlingske Tidende“ hat anläßlich des zehnten Jahrestages des Waffenstillstandes an führende politische Persönlichkeiten eine Umfrage gerichtet, die dahin lautete, ob die an den Waffenstillstand geknüpften Erwartungen in Erfüllung gegangen seien und ob man seit 1918 dem Weltfrieden näher gekommen sei.

Auf diese Umfrage hat Reichspräsident v. Hindenburg geantwortet: „Die Zeiten hätten sich geändert, seit Napoleon Krieg geführt habe. Keine Entwicklung der Muskeln könne Tanks, Giftgase, Kriegsflugzeuge und schwere Artillerie ersetzen. Deutschland denke nicht daran, einen Krieg hervorzurufen, sondern wolle seine Kraft wiedergewinnen.“

In der Antwort des ehemaligen Kaisers heißt es u. a.: Um ein Unglück für die Zivilisation zu verhüten, müsse jede Nation die natürlichen Rechte jedes anderen Volkes achten lernen, das eine Kultur besitze, die im eigenen Boden wurzele und an der Entwicklung des Menschengeschlechts teilgehabt habe. Die Politik der meisten Großmächte sei von eigensüchtigen und kurzsichtigen Motiven diktiert. Dies werde einen heftigen Rückschlag herbeiführen und die weiße Rasse werde auf eine harte Probe gestellt werden.

Der französische Staatspräsident Doumergue gibt dem Wunsche Ausdruck, daß die Völker die Isolierung der Vorkriegszeit aufgeben und sich zueinander menschlicher und aufrichtiger stellen mögen.

Präsident Coolidge sagt u. a., die ganze Welt erkenne an, daß alles getan werden müsse, um eine Tragödie zu verhüten, wie sie 1914 begonnen habe. Ohne nationale Verteidigung des Landes zu versäumen, fordere jeder humane Trieb im Menschenherzen, alles zu tun, um den Frieden aufrechtzuerhalten.

In der Antwort Mussolinis heißt es, die Friedensverträge seien mangelhaft. Krieg und Frieden hätten viele Probleme aufgeworfen, die gelöst werden müßten, so beispielsweise das ungarische. Die Lage des ungarischen Volkes verlange dringend Linderung. Die Frage der kolonialen Ausdehnung, die von so großer Bedeutung für Italien sei, werde zusammen mit anderen Fragen, die von größter Bedeutung für die ganze Welt seien, gelöst werden.

Der französische Außenminister Briand erklärt, die Verhältnisse in Europa hätten noch nicht einen solchen Grad von Sicherheit und Gleichgewicht erreicht, daß die Staatsmänner ihre Bemühungen und ihre Wachsamkeit aufgeben könnten. Es sei eine über alle Maßen schwere Aufgabe und eine Aufgabe auf weite Sicht, wirklich einen Frieden auf einem Erdteil zu schaffen, der so schwer erschüttert worden sei. Die Wunde blute noch; und es gäbe Völker, die Grund hätten, für ihre Sicherheit zu fürchten. Diese Faktoren erforderten ständige Aufmerksamkeit und häufige Verhandlungen zwischen den Ministern der verschiedenen Länder.

In der Antwort des englischen Außenministers Chamberlain heißt es, England verfolge eine beruhigende Versöhnungs- und Friedenspolitik; obgleich es nicht die Forderung erhebe, anderen eine Meinung zu diktieren, oder den Wunsch hege, einem anderen Lande eine bestimmte Politik aufzuzwingen, wolle es für die Sicherung des Friedens und die Aufrechterhaltung der Kultur arbeiten und verhindern, daß Kinder und Kindeskinder eine ähnliche Tragödie wie den Weltkrieg erlebten.

Staatssekretär Kellogg schließlich sagt, die Völker wünschten den Frieden und fürchteten einen neuen Konflikt. Sie seien hellhöriger in dieser Beziehung geworden und die Regierungen berücksichtigten immer mehr ihre Wünsche. Völker und Regierungen seien nun in dem aufrichtigen Wunsche vereint, nach Möglichkeit den Ausbruch von Kriegen zu verhindern, und sie hätten einen vielseitigen Vertrag unterzeichnet, um diese Bestrebungen zu unterstützen.

Amerika zum Zehnjahrtag des Waffenstillstandes.

Alle führenden Blätter der Vereinigten Staaten widmen dem zehnten Jahrestage des Waffenstillstandes lange Leitartikel. Unfreundliche Bemerkungen gegen Deutschland findet man nirgends. Im Gegenteil, der Ausgang des Weltkrieges wird entweder mit Stillschweigen übergangen oder man bezeichnet den 11. November 1918 als Beginn einer neuen Ära der Kameradschaft unter den Völkern und besseren, tieferen Verstehens der gegenseitigen Gefühle und Hemmungen. „Baltimore Sun“ erblickt in dem Unwillen des englischen Volkes über den im geheimen vereinbarten Flottenpakt das beste Zeichen dafür, daß das Volk, das auf den Schlachtfeldern bluten müsse, keine Militärbündnisse und überhaupt keinen Krieg mehr wolle. „Philadelphia Public Ledger“ weist darauf hin, daß auch jetzt, zehn Jahre nach Beendigung des Krieges, die Kriegsfolgen noch nicht beseitigt und die durch den Kampf und den Friedensvertrag entfesselten Gefühle des Hasses und der Eifersucht noch nicht voll gebändigt seien. „Washington Star“ betont, daß der Verzicht auf den Krieg allein zur Vermeidung künftiger Konflikte nicht genüge: man müsse neben dem Kellogg-Pakt eine angemessene Wehrmacht setzen, um die Angriffslust anderer in Schach zu halten. „Washington Post“ rühmt Amerikas Uneigennützigkeit beim Friedensschluß, da es Deutschland weder Gebiete entrissen noch einen Tribut von ihm erpreßt habe, wie die Alliierten dies getan hätten; sie hätten offenbar geplant, Deutschland für ewige Zeiten unbegrenzte Kriegssteuern an die Sieger zahlen zu lassen. Auch jetzt führen sie noch fort, Intrigen zu spinnen und geheime Bündnisse gegen Amerika zu schmieden. Europa stehe jetzt vor dem Richterstuhl der Welt. Es müsse den Kellogg-Pakt ratifizieren und in der Rüstungsfrage zeigen, daß es wirklich dauernden Frieden wolle. Solange das nicht feststehe, werde Amerika weiter rüsten müssen.

Haushaltplan der Deutschen Turnerschaft.

1,15 Millionen in Einnahme und Ausgabe.

Es ist recht interessant, Einblick in den Haushalt unserer großen Verbände für Leibesübungen zu tun, erkennt man doch daraus, wie weitverzweigt einerseits das Aufgabengebiet des betreffenden Verbandes ist, andererseits, welche Mittel erforderlich sind, um einen geordneten Verwaltungsbetrieb aufrechtzuerhalten und in weiser Voraussicht Mittel zur Verfügung zu stellen, die der Entwicklung des Verbandes und damit auch der Pflege der Leibesübungen an sich dienen. Immer größer werden z. B. die Anforderungen, die für die Heranbildung eines großen Stammes von Führern und Lehrern notwendig werden, von der Lösung dieser Frage hängt ja unendlich viel ab. Ähnliches gilt von der Werbearbeit. Natürlich gibt der Haushaltplan eines Verbandes nur ein Teilbild; man muß zur Ergänzung Einblick tun in die Finanzwirtschaft der Unterverbände und schließlich der Vereine selbst. Dann erst tut sich ein wahres Bild auf von der volkserzieherischen Arbeit und im Zusammenhang damit auch von der wirtschaftlichen Bedeutung der gewaltigen Turn- und Sportbewegung in Deutschland.

Besonders eindringlich sprechen in dieser Hinsicht die Zahlen der Deutschen Turnerschaft. Dieser Verband, der größte Verband für Leibesübungen der Welt überhaupt, ist es gewohnt, seinen Haushaltplan öffentlich bekanntzugeben. Jeder kann also Einsicht nehmen und sich seine Gedanken darüber machen. Für 1929 balanciert er mit 1,15 Millionen Mark in Einnahme und Ausgabe und erreicht damit eine bisher nicht entfernt dagewesene Höhe. Er spiegelt so recht den Umfang und die Vielgestaltigkeit des Aufgabenkreises der Deutschen Turnerschaft wider und, was besonders hervorgehoben sei, die Deckung dieses Riesenbedarfes erfolgt ganz aus eigener Kraft durch die Mitgliederbeiträge. Sie betragen im Jahre 1929 85 Pfennige für jedes Mitglied über 14 Jahre und 30 Pfennige für jedes Mitglied unter 14 Jahren.

Über ein Viertel des Gesamthaushalts und damit den überhaupt größten Ausgabeposten stellt die für Wohlfahrtspflege notwendige Summe dar, nämlich 310 000 Mark. Die Zuwendungen für die Wohlfahrtseinrichtungen der D. T. sind in den erwähnten Beitragssätzen bereits enthalten, sie betragen je Kopf 10 Pfennige. Die wichtigste Einrichtung stellt die Unfallunterstützungskasse dar, die schon sehr oft in schweren Fällen segensreich gewesen ist, ferner die Dr.-Götz-Stiftung zur Errichtung von Turnhallen, Spielplätzen und sonstigen Übungsstätten.

Nicht sehr viel weniger, nämlich 254 000 Mark, erfordert der Betrieb der neu errichteten Deutschen Turnschule. Von dieser Summe fließt allerdings der weitaus größte Teil, rund 128 000 Mark, wieder in die Vereine als Beihilfen für die Lehrgangsteilnehmer zurück, da diesen — die Zahl während eines Jahres ist auf etwa 1600 zu veranschlagen — für die Dauer der Lehrgänge nicht nur vollkommen freie Unterkunft und Verpflegung in der Turnschule gewährt wird, sondern auch noch das Reisegeld hin und zurück. Zur Ermöglichung dieser Vergünstigungen für die Lehrgangsteilnehmer war es allerdings notwendig, die Beiträge um 20 Pfennige zu erhöhen, zumal bis zur völligen Abtragung der Baukosten der Turnschule der Zinsendienst noch bedeutende Mittel — 1929 sind es 50 000 Mark — erfordert.

Ein erheblicher Ausgabeposten ist auch der Punkt „Veranstaltungen“. Von den erforderlichen 182 000 Mark entfallen auf die eigentlichen D.-T.-Veranstaltungen (Meisterschaften, Rücklage von 30 000 Mark für das nächste Deutsche Turnfest) 73 000 Mark. 60 000 Mark erfordern der Deutsche Turntag, Kreiswarteversammlungen und einige kleinere Tagungen, rund 50 000 Mark verschlingt die Ausbildungsarbeit in den einzelnen Turnkreisen durch Lehrgänge usw. Für Werbe- und Pressearbeit sind rund 95 000 Mark vorgesehen, dazu kommen noch weitere 20 000 Mark Zuschüsse, die die D. T. den Kreisen, Gauen und Vereinen bei der Errichtung von Jugendherbergen, Wanderheimen usw. gewährt.

Gegenüber diesen dem turnerischen Leben zugute kommenden Ausgaben sind die Kosten der eigentlichen Verwaltung der D. T. verhältnismäßig gering, zumal in dem mit 83 000 Mark bezifferten Bedarf des Vorstandes und der leitenden Fachausschüsse auch viele Posten enthalten sind, die keine reinen Verwaltungsausgaben darstellen. Das gilt auch für die mit 77 000 Mark eingesetzte Geschäftsstelle, denn in dieser Summe sind z. B. 15 000 Mark für Auslandsarbeit enthalten. 81 000 Mark erscheinen unter dem Posten „Haus- und Grundstücksverwaltung“; hier ist eine große Summe als Hypothekentilgung für das D.-T.-Haus in Charlottenburg einbegriffen.

Sieht man sich alle diese Ausgaben an, so hat man den Eindruck einer geordneten und gesunden Geldwirtschaft in der Deutschen Turnerschaft. Das ist um so mehr anzuerkennen, als die ihr gestellten Aufgaben völlig aus eigener Kraft erfüllt werden. Sparsam wird gewirtschaftet, aber nirgends hat man das Gefühl, daß über der notwendigen Sparsamkeit vergessen wird, was man den Mitgliedern und der freiwillig übernommenen Aufgabe, dem Volk mit seiner Arbeit zu dienen, schuldig ist.

Mitteilungen der Industrie- und Handelskammer zu Lüdenscheid.

Handel und Gewerbe im Oktober. Eine geringe, z. T. saisonmäßig bedingte Belebung in einzelnen Wirtschaftszweigen läßt, nach den Berichten der preußischen Industrie- und Handelskammern, noch keinen Schluß auf einen Stillstand im Konjunkturrückgang zu. In der Eisenindustrie war der etwas lebhaftere Absatz auf die Sorge vor einem Arbeitsstillstand an der Ruhr zurückzuführen. Im Baugewerbe trug das gute Wetter zur Belebung bei. In der Textil- und Lederindustrie und den Papier- und holzverarbeitenden Industrien dürfte die geringe Belebung durch den Winterbeginn zu erklären sein. Die Ausfuhr stieg im September auf 1058 Millionen RM. bei Verminderung der Einfuhr von Lebensmitteln und Getränken; der stark verminderte Inlandabsatz an Fertigwaren, der sich besonders in der Maschinen- und Werkzeugindustrie zeigte, konnte durch den vermehrten Auslandsabsatz nicht ausgeglichen werden. Die Zahl der Erwerbslosen stieg leicht.

Anhörung der Industrie- und Handelskammern in Verkehrsfragen. Der preußische Minister des Innern hat in einem Runderlaß vom 18. 9. 1928, darauf hingewiesen, daß er keine Bedenken habe, daß entsprechend einer Anregung des Landesausschusses der preußischen Industrie- und Handelskammern in Berlin zu wichtigen Verkehrsfragen neben den sonstigen interessierten Kreisen auch die örtliche amtliche Berufsvertretung von Handel und Industrie gutachtlich gehört wird, da die Wirtschaft an der reibungslosen Abwicklung des modernen Straßenverkehrs in der Stadt wie auf dem Lande das größte Interesse hat.